

HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 01 / 13

www.hamburger-forum.org



15. Januar 2013

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

zunächst einen ganz herzlichen Dank für all die **Spenden**, die zum Jahresende bei uns eingegangen sind. Damit haben wir eine gesunde finanzielle Basis für die Arbeit in diesem Jahr. Thea Rann, die sich im Vorstand um die Finanzen kümmert, wird demnächst allen, die im letzten Jahr mehr als 200 Euro gespendet haben, eine Spendenbescheinigung zuschicken. Wer das sonst möchte, bekommt natürlich auch eine. Wundert Euch nicht: Das Formular sieht deutlich anders aus als bisher – das wollte das Finanzamt so.

Für unsere Arbeitsfähigkeit ist es auch wichtig, neue **Mitglieder** zu gewinnen. Deshalb die Bitte: Werdet selbst Mitglied, wenn Ihr das noch nicht seid, und werbt in Eurem Umfeld für die Mitgliedschaft. Dazu noch der Hinweis: Der monatliche Mindestbeitrag von drei Euro wird auf Wunsch auch reduziert.

Die nächste größere Aktion ist natürlich der **Ostermarsch**. Im letzten Rundbrief haben wir bereits berichtet, wie wir uns um den Aufruf gekümmert haben. Der ist jetzt fertig, und wir veröffentlichen ihn als Beilage zu diesem Rundbrief, zusammen mit Informationen zu den organisatorischen Rahmenbedingungen. Bitte helft alle mit, Unterschriften für diesen Aufruf zu sammeln. Diese müssen bei uns bis zum 12. Februar eingegangen sein, damit sie noch mit aufs Flugblatt kommen.

Jetzt noch etwas in eigener Sache: Im Zusammenhang mit der jüngsten **Portoerhöhung** wird auch der Versand der Rundbriefe etwas teurer. Deshalb möchten wir alle, die einen Internetanschluss haben, bitten zu überlegen, ob sie den Rundbrief nicht auch per E-Mail beziehen könnten.

Wer sich stärker engagieren möchte, sei abschließend auf unsere **Vorstandssitzungen** mit Gästen hingewiesen, bei denen wir Informationen austauschen und Formen und Inhalte unserer Aktionen diskutieren. Sie finden am Dienstag jeder geraden Kalenderwoche statt. Den – neuen – Ort und Termine findet Ihr unter *Terminen und Aktionen*. Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe unten.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kirstein

Aktionen und Termine

Dienstag, den 22.1.13, 5.2.13, 19.2.13, 19.15 Uhr
Vorstandssitzung mit Gästen
Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, Hinterhaus

Syrien

Internationale Initiative, den Krieg in Syrien zu benden

Der Bürgerkrieg in Syrien bewegt uns alle, weil ein Ende des Blutvergießens nicht abzusehen ist. Das führt zu einem Gefühl der Hilflosigkeit. Dabei dürfen wir uns aber nicht von der völkerrechtlichen Position abbringen lassen, die wir in unserem im letzten Rundbrief veröffentlichten Flugblatt dazu eingenommen haben: Keine Einmischung in Syrien!

Hierzu veröffentlichen wir im Folgenden den Aufruf einer internationalen Initiative, den viele, auch viele bekannte Persönlichkeiten bereits unterzeichnet haben – hier eine Reihe von bei uns bekannteren Namen: Hans von Spon-

eck, Ernesto Cardenal, Norman Paech, Manolis Glezos, Annette Groth, Jean Ziegler, Werner Ruf, Rolf Becker, Jan Myrdal, Monty Schädel, Sabine Schiffer. Diese – natürlich subjektive – Auswahl möge belegen, welche breite Unterstützung dieser Auftrag gefunden hat.

Wolfgang Kirstein

Ja zur Demokratie, nein zur ausländischen Intervention!

Wir, die UnterzeichnerInnen dieses Aufrufs, sind als Teil der internationalen Zivilgesellschaft zunehmend besorgt über das schreckliche Blutvergießen, welches das syrische Volk gegenwärtig erleidet. Daher unterstützen wir folgende politische Initiative, die auf der Basis der Ergebnisse einer „Fact-finding-Mission“, die unsere Kollegen im September 2012 nach Beirut und Damaskus unternahmen, zu Stande gekommen ist: Wir rufen zu einer Delegationsreise hochrangiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf, die sich nach Syrien begeben sollen, um mit den wichtigsten politischen Akteuren zu sprechen. Damit soll geholfen werden, den Weg für eine politische Lösung des bewaffne-

ten Konflikts zu ebnet, der den Weltfrieden ernsthaft gefährdet und die Existenz Syriens als unabhängiger und souveräner Staat bedroht. In diesem Sinn schließen wir uns folgender Erklärung an:

Alle Augen sind auf den Krieg in Syrien gerichtet, der dem Volk einen zu hohen Blutzoll abverlangt. Die legitime Bewegung des syrischen Volkes für demokratische Rechte begann ebenso friedlich wie die seiner arabischen Geschwister. Nun läuft sie Gefahr, in einen konfessionellen Krieg mit regionaler und internationaler Beteiligung zu degenerieren. Auch die zunehmenden geopolitischen Verstrickungen sind besorgniserregend.

Wir sind uns bewusst, dass keine Seite einen solchen Abnutzungskrieg in kurzer Frist für sich entscheiden wird können. Währenddessen muss das syrische und arabische Volk zuschauen, wie die Errungenschaften ihres Widerstands gegen die westliche und israelische Vorherrschaft sowie die regionalen Diktaturen niedergehen und am Ende ganz zerstört werden könnten.

Um jedoch diese Errungenschaften zu retten und den Kampf für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung fortzusetzen, ist eine politische Lösung des Konflikts mittels Verhandlungen unumgänglich. Nur auf diese Art und Weise kann der Konfessionalismus eingedämmt, eine ausländische Intervention abgewendet werden und die demokratische Massenbewegung die Oberhand behalten. Um das Blutvergießen zu beenden und eine politische Lösung zu unterstützen, handeln wir auf der Basis folgender Kriterien:

1. Volle Unterstützung für einen politischen Prozess, der mittels Verhandlungen und über einen Waffenstillstand beginnen soll. Hand in Hand damit soll es zur Deeskalation und Entmilitarisierung des Konflikts kommen, was der Bevölkerung erlauben würde, dringend benötigte Hilfeleistungen entgegenzunehmen und ihren Willen friedlich und schließlich auch an den Wahlurnen zum Ausdruck zu bringen.
2. Da jede Lösung auf dem souveränen Willen des syrischen Volkes aufbauen muss, weisen wir jede Form ausländischer militärischer Intervention kategorisch zurück, von welcher Seite sie auch kommen möge.
3. Das Recht auf Selbstbestimmung zu respektieren bedeutet, auch die demokratischen und sozialen Rechte der breiten Bevölkerungsmehrheit zu respektieren. Daher darf keine wichtige politische Kraft a priori aus einem politischen Prozess ausgeschlossen werden. Ein dauerhaftes Friedensabkommen muss zu einem konstitutionellen Prozess führen, der freie Wahlen, organisiert durch eine Übergangsregierung, vorsieht.
4. Da es im Verlauf des Konflikts zunehmend zu einer Instrumentalisierung konfessioneller Zugehörigkeiten gekommen ist, die den politischen Zusammenschluss der Bevölkerung auf der Grundlage der Demokratie erschwert, unterstützen wir alle Initiativen und Tendenzen unter den politischen wie militärischen Kräften, die sich für Toleranz zwischen den Religionsgruppen auf der Basis der Gleichberechtigung aller Staatsbürger einsetzen. Mit unserer Unterschrift sprechen wir der internationalen

Delegation, die sich Anfang 2013 nach Syrien begeben wird, unsere volle Unterstützung aus – in der Hoffnung, dass diese Initiative einen wichtigen Beitrag für den Frieden in der Region leisten wird.

Weitere Informationen zu diesem Aufruf finden sich im Internet: www.peaceinsyria.org. Dort gibt es auch die Möglichkeit, den Aufruf zu unterschreiben.

Aktionen gegen Patriot-Verschiffung in die Türkei

Angeregt von der VVN-BdA Kreisvereinigung Lübeck/Hz. Lauenburg und unterstützt von der DFG-VK gab es am



Sonnabend, dem 5. Januar in der Lübecker Innenstadt einen Infotisch zu der für den 8. Januar in Travemünde geplanten Verschiffung der Patriot-Raketen in die Türkei. Auf dem Foto, das uns von Lore und Bernd Meimberg zur Verfügung gestellt wurde, ist zu sehen, dass dabei das

Transparent unserer Aktion vom Dezember nochmal zum Einsatz kam.

Am 7. Januar gab es dann noch eine Aktion am Kai in Travemünde. Am 8. Januar schließlich konnten Lore und Bernd unser Transparent noch einmal direkt vor der Pressekonferenz der Bundeswehr präsentieren.



Friedensratschlag 2012

Im letzten Rundbrief haben wir die Präambel der Friedenspolitischen Schwerpunkte 2013 veröffentlicht, die der Bundesausschuss Friedensratschlag als Resümee des Ratschlags beschlossen hat. Heute folgt der Hauptteil mit den Arbeitsschwerpunkten. Es wäre Illusion anzunehmen, in der Friedensbewegung könnten alle immer all diese Punkte bearbeiten. Aber: Es sind wirklich die friedenspolitischen Probleme, die wir nicht aus den Augen verlieren sollten.

Schwerpunkte unserer friedenspolitischen Arbeit 2013

(1) Den Afghanistan-Krieg sofort beenden – zivil helfen: Der von der NATO für Ende 2014 in Aussicht gestellte Abzug von Kampftruppen aus Afghanistan stellt keine wirkliche Abzugs- und Friedensperspektive dar. Denn auch über dieses Datum hinaus strebt die NATO mit deutscher Beteiligung eine langfristige Truppenpräsenz an. Auch die von der Bundesregierung angekündigte Reduzierung der deutschen Truppen auf 3.300 Soldaten bis Februar 2014 ist eher ein Wahlkampfmanöver denn eine Trendumkehr.

***Wir fordern den Stopp aller Kampfhandlungen.** Die Bundeswehr muss sofort und bedingungslos aus Afghanistan abgezogen werden. Dadurch frei werdende Mittel sind zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen zur Verfügung zu stellen. Alle weiteren Auslandseinsätze sind zu beenden. Wir werben weiterhin für den gemeinsamen Unterschriften-Appell der Friedensbewegung: „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen!“*

(2) Den Krieg in Syrien stoppen – die militärische Einmischung beenden: Die Eskalation der militärischen Gewalt in Syrien kann nur gestoppt werden, indem die offene und verdeckte Einmischung von außen beendet und alle Waffenlieferungen unterbunden werden. Die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung eines jeden Landes ist ausschließlich die souveräne Angelegenheit seiner Bevölkerung. Hingegen heizt die unter Bundeswehr-Beteiligung erfolgende Entsendung von Patriot-Raketen und fliegenden AWACS-Kommandoplattformen in die Türkei den Bürgerkrieg weiter an. Damit steigt auch das Risiko eines kriegesischen Flächenbrandes für die gesamte Nahostregion.

***Wir fordern:** Die Sanktionen gegen Syrien, die Unterstützung bewaffneter Oppositionskräfte und die Interventionsdebatte in internationalen Gremien müssen beendet werden. Der Einsatz der UN für eine Waffenruhe und eine Verhandlungslösung muss unterstützt werden.*

(3) Keine NATO-Komplizenschaft mit der Türkei: Im Windschatten des Konfliktes in Syrien hat die Türkei ihre Repressionsmaßnahmen gegen die Kurden massiv verstärkt. Zum Alltag in der Türkei gehören immer mehr willkürliche Verhaftungen, Verfolgung von unabhängigen Journalisten, militärische „Strafaktionen“ in Kurdengebieten, Aberkennung der Immunität, ja sogar der Mandate frei gewählter Parlamentsabgeordneter. Außenpolitisch strebt die Erdogan-Regierung eine hegemoniale Rolle in der Region an, die sie auch militärisch begründen will. Dazu braucht sie die Unterstützung der NATO, was unter anderem mit dem Aufbau des Patriot-Raketensystems an der Grenze zu Syrien erfolgt.

***Wir fordern:** Keine Lieferung von Kampfpanzern und anderen Waffen, die gegen die kurdischen Bevölkerungsgruppen und die Opposition in der Türkei eingesetzt werden können. Wir unterstützen Aktionen in Deutschland, die sich für die Menschenrechte der Kurden in der Türkei einsetzen.*

der Bombe“ durch den Iran gibt es bis heute nicht. Dennoch haben die USA und die EU die Sanktionen gegen Iran in einer Weise verschärft, die nicht nur die Zivilbevölkerung im Iran auf unerträgliche Weise belastet, sondern auch immer näher an einen Krieg heranzuführt.

***Wir fordern:** Die von Israel ausgehende Debatte über einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Iran muss beendet werden. Die Sanktionen gegen den Iran müssen aufgehoben und souveräne Rechte des Landes respektiert werden. Wir unterstützen den von der UNO initiierten Prozess zur Errichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen und Mittleren Osten.*

(5) Das Existenzrecht der Palästinenser anerkennen: Der Israel-Palästina-Konflikt hat eine Schlüsselrolle nicht nur für einen Frieden im gesamten Nahen Osten, sondern auch für den Weltfrieden. Solange aber die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten ausgebaut und den Palästinensern immer mehr die Existenzgrundlagen entzogen werden, schwinden auch die Hoffnungen auf einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

***Wir fordern:** Die Bundesregierung muss ihre Einflussmöglichkeiten gegenüber der israelischen Politik einbringen, damit diese zu konstruktiven Verhandlungen mit den Palästinensern bereit ist und Palästina als vollwertiger Staat in die UNO aufgenommen werden kann.*

(6) Keine Konflikteskalation durch Raketenabwehr: Der seit Jahrzehnten mit großem Aufwand betriebene Versuch der USA zur Errichtung von Raketenabwehrsystemen fördert das Wettrüsten und damit die Kriegsgefahr. Die sich bedroht fühlenden Staaten wie Iran, China, Nordkorea und Russland vergrößern deshalb ihre militärischen Anstrengungen, um einer Erpressung zu entgehen.

Wir fordern den Stopp des Aufbaus eines Raketenabwehrsystems in Europa und umfassende Abrüstungsverhandlungen unter Einbeziehung von ballistischen Raketen, Marschflugkörpern, (Kampf-)Drohnen und Weltraumwaffen.

(7) Atomwaffen abschaffen: Entgegen den Absichtsbekundungen in den letzten Jahren – u. a. auch von US-Präsident Obama – werden keine neuen Schritte zur atomaren Abrüstung unternommen, sondern im Gegenteil Modernisierungsprogramme für die bestehenden Atomwaffenarsenale aufgelegt. Damit würden Optionen für deren gezielte Einsatzfähigkeit geschaffen, die zu neuen Kriegsgefahren und katastrophalen humanitären Konsequenzen führen können.

Wir fordern eine vollständige atomare Abrüstung mittels eines weltweiten vertraglichen Verbots von Atomwaffen, die auch die zivile Nutzung der Nuklearenergie beendet. Die Bundesregierung muss entsprechend bisherigen Absichtsbekundungen den Abzug der in Büchel stationierten Atomwaffen durchsetzen.

(8) Neue Waffentechnologien verbieten: Der Einsatz von panzer- und bunkerbrechenden Waffen mit angereichertem Uran (DU-Munition) hat im Irak, in Bosnien, Kosovo und in Afghanistan zu einem teilweise dramatischen Anstieg von Krebsraten und Missbildungen durch Gen-

mutationen geführt, was mit Langzeitwirkungen für künftige Generationen verbunden ist. Kriegsroboter und Kampfdrohnen senken die Schwelle zum Krieg, machen ihn unsichtbar, geräuschlos und terrorisieren die Zivilbevölkerung.

Wir fordern: Uranmunition, (Kampf-)Drohnen und andere „unkonventionelle“ Waffensysteme müssen weltweit geächtet werden. Die Bundesregierung muss auf die Einführung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr verzichten.

(9) Gegen das Kriegsbündnis NATO – für UNO-Charta und Völkerrecht: Der anachronistische Fortbestand der NATO dient der militärischen Absicherung imperialer Interessen und bestehender weltweiter Ungleichgewichte. Der NATO ist es in den letzten Jahren auch zunehmend gelungen, den UN-Sicherheitsrat für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Wir fordern: Die unheilvolle Rolle der NATO in der Welt muss stärker in der Öffentlichkeit thematisiert werden. Es gilt, die NATO als Kriegsbündnis zu delegitimieren. Demgegenüber müssen die demokratischen und zivilen Strukturen der Vereinten Nationen (von der UN-Generalversammlung bis zu den zahlreichen humanitären Unterorganisationen (z. B. UN-ESCO, UNICEF) gestärkt werden. Bei drohenden oder schon existierenden Gewaltkonflikten muss nach den Regeln des Völkerrechts und der UNO-Charta mit ihrem strikten Gewaltverbot verfahren werden.

(10) Nein zur EU als Militärunion: Die Europäische Union ist entgegen dem ihr zuerkannten Friedensnobelpreis alles andere als ein Friedensprojekt. Sie hat die Verpflichtung zum militärischen Beistand und zur Aufrüstung ihrer Mitglieder in ihre Verfassung aufgenommen und hält sich „Battle-Groups“, um schnell außerhalb ihres Territoriums militärisch eingreifen zu können. Flüchtlinge werden brutal an den EU-Außengrenzen abgewiesen, eine „Festung Europa“ abgeschottet.

Wir fordern die atomare und konventionelle Abrüstung der EU-Staaten und die Auflösung der „Battle Groups“. Die EU darf nur eine Zukunft als Zivilmacht, nicht als Militärmacht haben.

(11) Keine Interventionsarmee Bundeswehr: Die „Neuausrichtung“ der Bundeswehr zielt auf weltweite Interventionsfähigkeit zur Sicherung der wirtschaftlichen Interessen deutscher und internationaler Konzerne. Gemäß dem Grundgesetz und im Einklang mit dem Gewaltverbot der UN-Charta darf aber eine Bundeswehr ausschließlich der Verteidigung dienen. Darüber hinaus wird durch das im August 2012 erfolgte Urteil des Bundesverfassungsgerichtes auch ein militärischer Einsatz der Bundeswehr im Inneren ermöglicht.

Wir fordern: Die Transformation der Bundeswehr in eine „Armee im Einsatz“ ist zu beenden. Bewaffnungs- und Ausrüstungsprogramme zur Herstellung weltweiter Interventionsfähigkeit sind ebenso zu stoppen, wie die zivil-militärische Zusammenarbeit im Inneren als „Heimatschutz“. Da die Bundesrepublik Deutschland militärisch nicht bedroht wird und „nur von Freunden umgeben ist“, fordern wir die drastische Abrüstung der Bundeswehr mit der Perspektive ihrer vollständigen Abschaffung.

(12) Für internationale Solidarität statt Ressourcen-Ausbeutung: Letztlich hängen alle weltweiten Konflikte direkt oder indirekt mit dem Zugriff auf Rohstoffe, Wasser und Nahrungsmittel sowie deren Verteilung zusammen. Durch die deutsche und EU-Rohstoffstrategie wird der Zugriff auf Ressourcen anderer Länder mit wirtschaftlicher Erpressung und militärischen Mitteln forciert. Weltweite Unterschiede, wirtschaftliche Ausbeutung, Unterentwicklung und Unterernährung werden dadurch verschärft.

Wir fordern: Die weltweit verfügbaren Ressourcen müssen menschenfreundlich, ökologisch, nachhaltig, dem Klimaschutz und den Bedürfnissen der Erzeugerländer verpflichtet genutzt werden. Nur so können Konflikte und Kriegsursachen sowohl regional wie auch global beseitigt werden.

(13) Schluss mit den Rüstungsexporten – Umstellung auf zivile Produktion: Deutschland ist mittlerweile zum weltweit drittgrößten Waffenexporteur aufgestiegen. Im Angebot der Exporteure des Todes befinden sich „Kleinwaffen“ (das sind die eigentlichen Massenvernichtungswaffen moderner Bürgerkriege), Panzer zur Aufstandsbekämpfung, Kriegsschiffe und atomwaffenfähige U-Boote u. v. a. m.

Wir fordern ein Verbot jeglichen Rüstungsexports. Auflage eines öffentlichen Konversionsprogramms, das auf ausgearbeitete Konzepte aus der Wissenschaft zurückgreifen kann und die berechtigten Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten berücksichtigt.

(14) Gegen die Militarisierung von Bildungswesen und Gesellschaft: Seit Aufhebung der Wehrpflicht gibt es eine ideologische Offensive der Bundeswehr, die sich heute in Kommunen, an Schulen, Messen („Karrieretreffs“), Volksfesten oder bei Gelöbnissen und Zapfenstreichen manifestiert. Zugleich verstärken Rüstungsfirmen und Verteidigungsministerium ihren Einfluss auf staatliche Hochschulen und private Forschungseinrichtungen.

Wir fordern: Kooperationsverträge Bundeswehr-Schule auf Länderebene sind aufzuheben, Zivilklauseln an Hochschulen sind zu respektieren und Kooperationen mit Rüstungsunternehmen zu beenden. Friedenserziehung und -forschung sind zu fördern. Jeglicher öffentlichen Werbung für Bundeswehr und Kriegsdienst ist entgegen zu treten.

(15) Gegen Neonazismus und Demokratieabbau: Die Neonazis von heute stehen in der unheilvollen Tradition von Faschismus, Rassismus und Krieg. Jahrelang konnte eine Neonazi-Gruppe ausländische Mitbürgerinnen terrorisieren und ermorden – vermutlich mit Wissen des Verfassungsschutzes. Viele Morde und Terroranschläge – wie z. B. das Oktoberfest-Attentat 1980 in München – wurden bis heute nicht aufgeklärt.

Wir fordern: Neonazi-Aktivitäten sind zu unterbinden und die Rolle des Verfassungsschutzes – auch bei früheren Terroranschlägen – muss lückenlos aufgeklärt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz ist ersatzlos aufzulösen. Die Friedensbewegung beteiligt sich weiter aktiv am Kampf gegen Nazipropaganda, Fremdenfeindlichkeit und jede Form von Rassismus.